

Für eine politische Offensive zur Konfliktlösung in Syrien und Irak

Die SPD Bremen fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
5 und die SPD-Bundestagsfraktion auf, Initiativen zur politischen Konfliktlösung in
Syrien und im Irak energisch voranzutreiben. Eine rein militärische Lösung des
Konfliktes ist nicht möglich. Ohne politische Konfliktlösung droht die im Dezember
2015 beschlossene Teilnahme der Bundeswehr an der Militärintervention gegen
10 den sogenannten Islamischen Staat nicht ein Beitrag zur Friedensschaffung zu
werden, sondern den Konflikt zu vertiefen und den Zerfall der staatlichen und zivi-
len Ordnung in der Region noch zu beschleunigen.

Gemeinsam mit der EU muss Deutschland darauf dringen, dass alle Konfliktpartei-
15 en – von den Großmächten Russland und den USA, über die Regionalmächte Tür-
kei, Iran und Saudi-Arabien bis zu den verschiedenen direkt involvierten regiona-
len Konfliktparteien – an einer solchen Lösung mitwirken. Eine Konfliktlösung
muss auf eine dauerhaft stabile politische Ordnung unter Erhalt des Staates Syrien
zielen und die Perspektive für eine positive soziale und ökonomische Entwicklung
20 der Region bieten.

Ohne ein Konzept zur Lösung des zugrundeliegenden internationalen Konfliktes
mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Mitteln auf politisch-diplomati-
25 schem Wege und ein darauf bezogenes Mandat der Vereinten Nationen kann zu-
künftig keinen weiteren militärischen Einsätzen der Bundeswehr oder Verlänge-
rungen und/oder Ausweitungen solcher militärischen Mandate zugestimmt wer-
den. Wenn innerhalb des jeweils beschlossenen Einsatzzeitraumes bei der politi-
schen Konfliktlösung keine Fortschritte erzielt werden, muss das militärische En-
gagement Deutschlands beendet werden.